

SoVD · Maria-Merian-Straße 7 · 24145 Kiel

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Herr Christian Dirschauer
Vorsitzender des Finanzausschusses
Per E-Mail

Landesgeschäftsstelle
Referat Sozialpolitik und
Kommunikation

Ihr Gesprächspartner:
Dr. Thorsten Harbeke
Tel. 0431 65 95 94 - 24
Fax 0431 65 95 94 - 95
sozialpolitik@sovd-sh.de

Kiel, 18.09.2026

Stellungnahme des Sozialverband Deutschland SoVD, Landesverband Schleswig-Holstein e.V., zum Antrag der Fraktion der SPD zur Einführung einer Übergewinnsteuer, Drucksache 20/4485

**Sehr geehrter Herr Dirschauer,
sehr geehrte Damen und Herren,**

Der SoVD vertritt die Interessen von mehr als 180.000 Mitgliedern in Schleswig-Holstein und setzt sich seit über 100 Jahren für die Belange von Menschen mit geringen Einkommen ein. Für den SoVD ist deshalb entscheidend, ob politische Maßnahmen die soziale Ungleichheit verringern und bei den besonders belasteten Menschen tatsächlich ankommen. Für die Möglichkeit, zu dem vorliegenden Antrag Stellung zu nehmen, bedanken wir uns herzlich.

Seit Beginn des Krieges im Nahen Osten wird erneut über die Einführung einer Übergewinnsteuer diskutiert, mit der außergewöhnliche, krisenbedingte Gewinne von Mineralölkonzernen steuerlich erfasst werden sollen. Bereits nach dem russischen Angriff auf die Ukraine wurde mit dem EU-Energiekrisenbeitrag eine nationale Umsetzung der europäischen Notfallverordnung geschaffen, die befristet erhoben wurde. Der vorliegende Antrag der SPD-Fraktion zielt im Kern auf eine Wiedereinführung eines vergleichbaren Instruments. Eine europäische Neuregelung ist politisch umstritten und kurzfristig nicht gesichert. Der SoVD fordert die Bundesregierung dennoch auf, sich aktiv für eine

Sozialverband Deutschland
Landesverband Schleswig-Holstein e.V.

Maria-Merian-Straße 7
24145 Kiel
www.sovd-sh.de

Tel. 0431 65 95 94 0
Fax 0431 65 95 94 95
info@sovd-sh.de

Amtsgericht Kiel VR 5533 KI
Landesvorsitzender: Alfred Bornhalm
Landesgeschäftsführer: Tim Holborn

Evangelische Bank eG (EB)
BIC: GENODEF1EK1
IBAN: DE66 5206 0410 0006 4009 14

rechtssichere, befristete und möglichst europäisch koordinierte Regelung einzusetzen.

Die Angaben zu den tatsächlich erzielten Einnahmen aus der bisherigen Übergewinnbesteuerung weichen erheblich voneinander ab. Auch sind weiterhin rechtliche Fragen zur Zulässigkeit und Ausgestaltung entsprechender Regelungen zu beachten. Diese Unsicherheiten dürfen jedoch nicht dazu führen, auf eine gerechte Beteiligung von Unternehmen mit außergewöhnlichen Krisengewinnen grundsätzlich zu verzichten. Neben dem möglichen Steueraufkommen geht es auch um das sozialstaatliche Prinzip, dass starke Schultern in einer Krise einen stärkeren Beitrag leisten.

Der SoVD unterstützt eine rechtssichere, befristete und möglichst europäisch koordinierte Besteuerung außergewöhnlicher Krisengewinne. Eine europäische Lösung ist sinnvoll, um Gewinnverlagerungen und eine künstliche Verringerung der Steuerlast zu erschweren. Zugleich gilt: Die Einführung einer solchen Steuer führt allein noch nicht zu einer unmittelbaren Entlastung der Haushalte und Unternehmen, die von steigenden Energie- und Mobilitätskosten besonders betroffen sind. Soziale Hilfen dürfen daher weder vom Zeitpunkt einer europäischen Einigung noch von der Höhe des tatsächlich erzielten Steueraufkommens abhängig gemacht werden.

Besonders betroffen sind beispielsweise ambulante Pflegedienste, die aufgrund ihres hohen Fahrleistungsanteils gestiegene Benzin- und Dieselpreise kaum vermeiden können. Anders als viele größere Unternehmen verfügen sie in der Regel nicht über ausreichende finanzielle Rücklagen, um solche Kostensteigerungen dauerhaft aufzufangen. Werden notwendige Fahrten eingeschränkt oder Angebote unwirtschaftlich, trifft dies unmittelbar pflegebedürftige, ältere und mobilitätseingeschränkte Menschen. Deshalb müssen soziale Dienste bei zielgerichteten Entlastungen ausdrücklich berücksichtigt werden.

Vor diesem Hintergrund fordert der SoVD ein verbindliches und zielgenaues Entlastungspaket. Dazu gehören erstens direkte, einkommensbezogene Zahlungen, die auch Rentnerinnen und Rentner, Grundsicherungsbeziehende sowie Haushalte knapp oberhalb der Leistungsgrenzen erreichen. Zweitens ist ein sozial ausgestaltetes Mobilitätsgeld erforderlich, das unabhängig von der individuellen

Steuerschuld wirkt. Drittens müssen das Deutschlandticket und ergänzende Sozialtickets bezahlbar bleiben sowie der öffentliche Verkehr insbesondere im ländlichen Raum und für Menschen mit Behinderungen barrierefrei ausgebaut werden. Viertens braucht es gezielte Hilfen für ambulante Pflegedienste und andere unverzichtbare mobile soziale Dienstleistungen. Die Einnahmen aus einer Übergewinnsteuer sollen einen Beitrag zur Finanzierung dieser Maßnahmen leisten, dürfen aber keine Voraussetzung für sofortige Hilfen sein. Pauschale Kraftstoffsubventionen lehnt der SoVD ab, weil sie Menschen ohne Auto nicht erreichen und Haushalte mit hohem Verbrauch in absoluten Beträgen stärker entlasten. Zugleich sind Härtefallregelungen für Menschen mit geringem Einkommen notwendig, die insbesondere im ländlichen Raum auf ein Auto angewiesen sind.

Auch der Antrag der SPD-Fraktion fordert eine gezielte Entlastung von Bürgerinnen und Bürgern sowie kleinen und mittleren Unternehmen. Konkrete Vorschläge zur Umsetzung und zur verbindlichen Verwendung möglicher Einnahmen werden jedoch nicht benannt. Aus Sicht des SoVD müssen die Lasten von Energiepreiskrisen sozial gerecht verteilt werden. Unternehmen, die infolge einer Krise außergewöhnliche Zusatzgewinne erzielen, müssen einen besonderen Finanzierungsbeitrag leisten. Gleichzeitig muss die Politik Menschen mit geringen Einkommen sofort, verlässlich und zielgenau entlasten. Nicht der Liter Kraftstoff, sondern der Mensch mit seinem verfügbaren Einkommen und seinem notwendigen Mobilitätsbedarf muss im Mittelpunkt stehen. Der SoVD fordert daher eine klare Verbindung von Steuergerechtigkeit, sozialem Ausgleich und dem Schutz der sozialen Infrastruktur.

Alfred Bornhalm
Landesvorsitzender

Kirsten Grundmann
Vorsitzende des Sozialpolitischen Ausschusses

Dr. Thorsten Harbeke
Referat Sozialpolitik und Kommunikation